

Der Beitrag der Public-Choice-Theorie

erstes Untersuchungsfeld bilden (in der Tradition von Downs und Arrow) Abstimmungen und Wahlen, bei denen die Präferenzen der Individuen aggregiert werden. Wie beeinflussen diese gesellschaftlichen Koordinationsmechanismen das Ergebnis der Entscheidungsfindung?

Zum anderen geht die *Public-Choice*-Theorie davon aus, dass die handelnden Akteure (Politiker, Verwaltung, Interessensgruppen) ganz sicher nicht primär und ausschliesslich am *Allgemeinwohl* interessiert sind, sondern (auch) *Eigeninteressen* verfolgen: Die Politiker wollen ihre Macht erhalten beziehungsweise erlangen, die Verwaltung will ihren Einfluss ausbauen, die Verbände wollen die von ihnen präferierten Vorhaben durchbringen.

Der Kleinstaat dürfte sich bezüglich des politischen Prozesses nicht ganz grundsätzlich von grösseren Staaten unterscheiden. Allerdings sind einige *Besonderheiten* zu beobachten, die im weiteren auf ihre Auswirkungen hinsichtlich Aufgabenwahrnehmung und Ausgabenintensität analysiert werden. Bevor dies geschieht, muss zuerst eine zentrale Rahmenbedingung für die Ausgabegebarung herausgestellt werden.

Öffentliche Einnahmen als Begrenzung des Ausgabenvolumens

Wenn es dem souveränen Kleinstaat gelingt, *aus dem gesetzgeberischen Spielraum einen qualitativen Standortvorteil zu gewinnen*, kann die politische Souveränität auch wirtschaftlichen Wohlstand nach sich ziehen.³⁰ Am Beispiel Liechtensteins seien diese Vorteile kurz ausgeführt: Im wesentlichen beruhen diese auf dem Personen- und Gesellschaftsrecht vom 20. Januar 1926, in dem bereits spezifische Gesellschaftsformen für die Behandlung von Kapitalvermögen angelegt wurden.³¹ Mit dem Gesetz über die Landes- und Gemeindesteuern (Steuergesetz) vom 30. Januar 1961, in dem niedrige Steuersätze für in Liechtenstein angelegtes Kapital beschlossen wurden, war der Grundstein für die "Steuer-oase" gelegt.

Mit der zunehmenden Freiheit im Kapitalverkehr nach dem Zweiten Weltkrieg kam das im Gesellschaftsrecht angelegte Rechtsgefälle zu den grösseren europäischen Staaten erst richtig zum Tragen. Darüber hinaus

³⁰ Voraussetzung ist allerdings ein stabiles politisches Umfeld.

³¹ Ein weiterer, inzwischen vergleichsweise weniger bedeutender Bereich, in dem die Souveränität genützt werden kann, besteht in der Ausgabe von Briefmarken oder Münzen.